
Frauenarmut in Bremen

Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention
von Armut und sozialer Spaltung
Bremische Bürgerschaft, 10.12.2014

Ulrike Hauffe
Bremer Landesfrauenbeauftragte

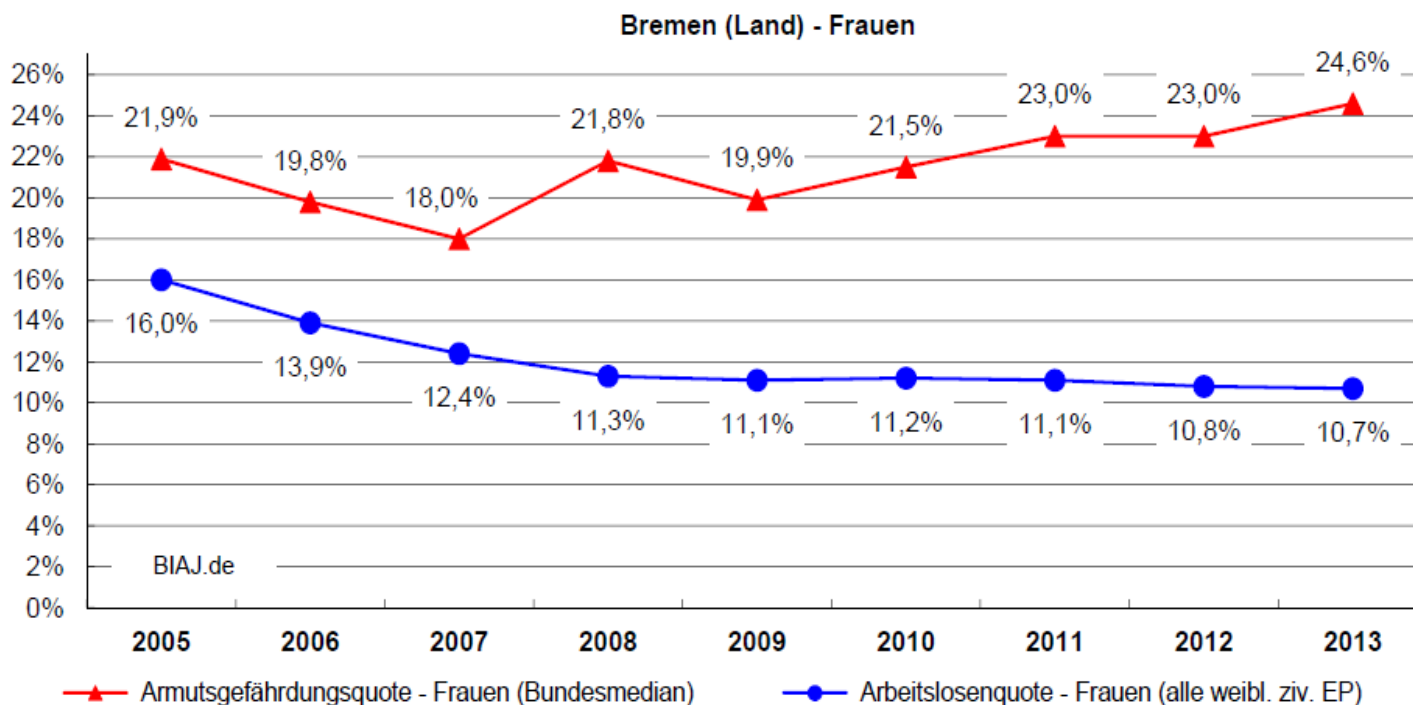
□ Situation im Bund

Aus der Pressemitteilung „**Relatives Armutsrisiko in Deutschland unverändert bei 16,1 Prozent**“ des Statistischen Bundesamtes vom 28.10.2014:

„Frauen trugen – wie bereits in den Jahren zuvor – ein höheres Armutsgefährdungsrisiko als Männer. Dies gilt ausnahmslos für alle Altersgruppen.“

Armutsgefährdung: Einkommen liegt bei weniger als 60 Prozent des Bundesmedians (mittleres Einkommen).

Land Bremen: Das Armutsrisiko von Frauen steigt



Riskante Übergänge

- ❑ Fachtagung Programmierte Frauenarmut bereits 2008 gemeinsam mit der Arbeitnehmerkammer
 - ❑ Erster Gleichstellungsbericht der Bundesregierung
 - ❑ Zentrale Erkenntnis: Frauenarmut entsteht systematisch an bestimmten biographischen Übergängen
 - ❑ Frauen leisten einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit in den Familien, soziale Sicherung ist aber immer noch am Eckrentner mit 45-jähriger Vollzeitwerbstätigkeit ausgerichtet
-

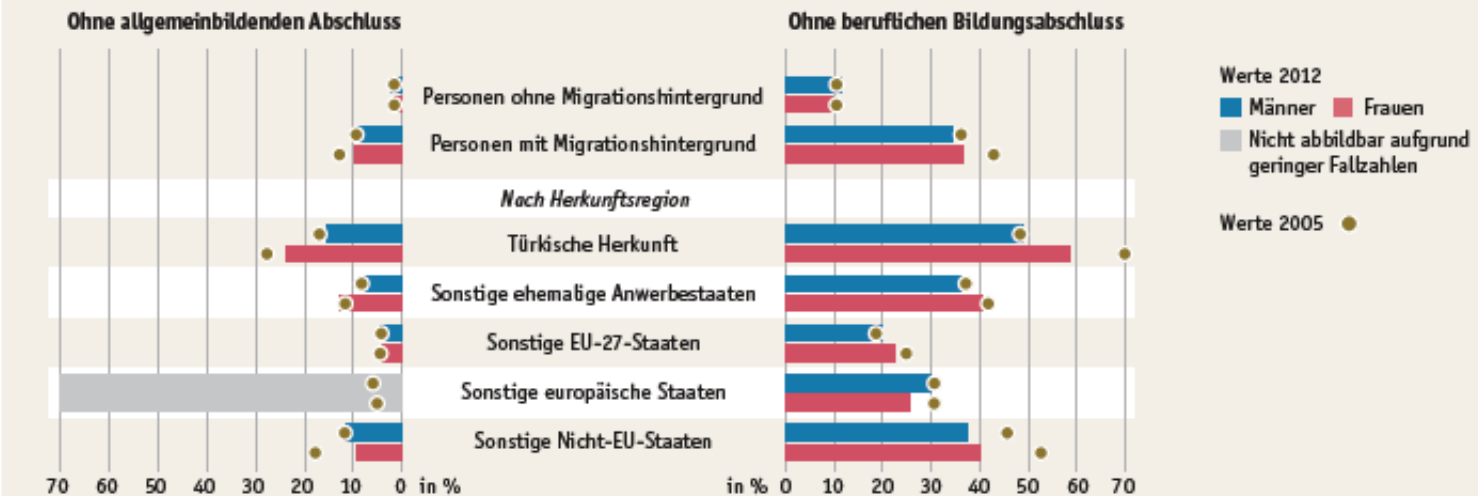
Übergang Schule -> Ausbildung

- Trotz häufig besserer Schulabschlüsse: Mit 30 Jahren haben bundesweit ca. 10 Prozent der Frauen wie Männer keinen Berufsabschluss; Armutsrisiko bei An- und Ungelernten am höchsten
 - Kritisch zu sehen sind die zweijährigen Berufsausbildungen, in denen Frauen häufig landen. Z.B. werden im Einzelhandel immer mehr schlechter bezahlte VerkäuferInnen ausgebildet und eingestellt statt die dreijährig ausgebildeten Einzelhandelskaufleute.
 - Noch schwieriger: Fachschulische zweijährige frauentypische Ausbildungen, die nur in einem Bundesland gelten (z.B. in Bremen generalistische Gesundheits- und Altenpflege, sozialpädagogische AssistentInnen). Schlechte Bezahlung, hohe TZ-Quoten, hohe Minijobquoten
-

Übergang Schule -> Ausbildung

- Trotz häufig besserer Schulabschlüsse: Mehr 30-jährige Migrantinnen als Migranten haben keinen Berufsabschluss

Abb. B5-3A: Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen, die über keinen allgemeinen bzw. beruflichen Bildungsabschluss verfügen, 2005 und 2012 nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

Übergang Elternschaft: Müttern droht die Exklusion vom Arbeitsmarkt

- Das Alleinernährermodell hat ausgedient, immer mehr Frauen ernähren ihre Familie allein oder hauptsächlich
 - Kinder sind ein Armutsrisiko für die Eltern, aber vor allem für Mütter
 - Staatliche Anreize versüßen Frauen in Paarbeziehungen den Zuverdienst: Mit Ehegattensplitting, Mitversicherung, Betreuungsgeld und der Möglichkeit der geringfügigen Beschäftigung belohnt der Staat Paare, die Erwerbsarbeit sehr ungleich verteilen – das finanzielle Risiko tragen die Frauen
 - Öffentliche Kinderbetreuung und Ganztagschulen: Noch zu wenig und vor allem in den Zeiten zu unflexibel.
-

Programmierte Altersarmut?

- ❑ 6,6 Prozent Frauen über 65 beziehen in Bremen Grundsicherung im Alter (399 Euro plus Miete), Tendenz steigend (Bundesweit zweithöchster Wert)
 - ❑ 16,3 Prozent der Frauen über 65 sind im Land Bremen armutsgefährdet.
 - ❑ Frauen profitieren kaum von Betriebsrenten. Riester: Frauen können sich keine hohen Beiträge leisten.
 - ❑ Die Absicherung über den Ehemann ist ein Auslaufmodell.
 - ❑ Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus trifft Frauen stärker als Männer.
 - ❑ Ideal: Eckrentner, der 45 Jahre erwerbstätig war. Das trifft fast nur auf Männer zu (siehe Rente mit 63)
-

Was tun? Maßnahmen gegen Frauenarmut

- ❑ Fachschulische frauentypische Ausbildungsberufe ans duale System angleichen (so wie bei Krankenpflege und Altenpflege schon geschehen), bundesweite Anerkennung umsetzen
 - ❑ Keine Sackgassenberufe mit niedrigem Qualifikationsniveau schaffen
 - ❑ Mehr Frauen in MINT-Berufe bringen (Berufsorientierung und Jugendberufsagentur)
 - ❑ Öffentliche Kinderbetreuung und Ganztagschulen ausbauen
 - ❑ Unterstützung für Frauen in Richtung Erwerbstätigkeit und Qualifikation sicherstellen
-

Was tun? Maßnahmen gegen Frauenarmut

- ❑ Angemessene Bezahlung von frauentypischen Berufen sicherstellen
 - ❑ Pflegebedarf nicht über die unbezahlte Sorgearbeit von Frauen in Familie und im Ehrenamt lösen. Staatliche Lösungen müssen gute Arbeit und angemessene Bezahlung für professionelle Pflegekräfte sicherstellen.
 - ❑ Bundesebene: Abschaffung von Ehegattensplitting und Betreuungsgeld, Reformierung der geringfügigen Beschäftigung, Entgeltgleichheitsgesetz, Niveau der staatlichen Rente verbessern statt sie abzusenken
-